

PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

TEILHABEN

MITENTSCHEIDEN

MITWIRKEN

MITBESTIMMEN

BETEILIGEN

- Partizipationsbegriff
- Stufen und Qualität von Beteiligung
- Partizipation als Kinderrecht
- Partizipationsfelder: Schule, Gemeinden, E-Partizipation, europäische Ebene, gemeinnützige Organisationen

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!

Von Partizipation ist oft die Rede und vielfach wird recht Unterschiedliches darunter verstanden. Zwischen „die eigene Meinung sagen dürfen“ und „mitentscheiden“ mit entsprechender Verantwortlichkeit liegt allerdings ein weiter Weg. Kinder und Jugendliche werden von Erwachsenen häufig im Rahmen von Projekten motiviert, sich aktiv einzubringen. Wesentlich seltener ist die tatsächliche Mit-Entscheidung oder Mit-Beteiligung.

Einigkeit gibt es darüber, dass eine lebendige Demokratie die soziale und politische Partizipation der Bevölkerung braucht. Häufig wird aber gerade jungen Menschen wenig Beteiligungsfreudigkeit attestiert. Sind Initiativen, die Kinder und Jugendliche darin bestärken, aktiv an der Gesellschaft teilzunehmen und sie mitzugestalten somit sowieso „verlorene Liebesmüh“? Die Antwort ist klar: Junge Menschen sind keine homogene Gruppe und zweitens ist Partizipation kein punktuell Ereignis, sondern ein Lernprozess. Empirische Studien zeigen, dass erfolgreiche und vielfältige Erfahrungen in Sachen Beteiligung die Bereitschaft stärken, sich erneut einzubringen. Ernst gemeinte Angebote in Schulen, Gemeinden und Freizeiteinrichtungen sind daher umso maßgeblicher für die Entwicklung aktiver BürgerInnenschaft und das viel zitierte „Einmischen in die eigenen Angelegenheiten“.

Das Heft lotet verschiedene Facetten des Themas aus, u.a. die Stufen der Beteiligung, Qualitätskriterien oder Partizipation als Kinderrecht. Darüber hinaus finden Sie einen Überblick zu politischen Gremien und Interessenvertretungen. Über den Tellerrand der Schule hinaus folgt ein Streifzug durch verschiedene Bereiche von Beteili-

gung – etwa Schul-Gemeinde-Kooperationen, e-Partizipation oder das Engagement in Non-Profit-Organisationen.

Linktipps und Vorschläge für Aktivitäten im Unterricht runden wie immer das Thema ab.

Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Umsetzung des Themas und freuen uns über Feedback zum Heft.

Ihr Team von Zentrum *polis*

> service@politik-lernen.at



BEITRAG ZUR LESEFÖRDERUNG



Das Städtchen Drumherum

Mira Lobe, Susi Weigel.

Wien: Jungbrunnen Verlag.
Ab 6 Jahren.

Der Bürgermeister will einen Wald fällen, um die Stadt zu vergrößern. Die Kinder und Tiere sind unglücklich und werden aktiv. Der Kinderbuchklassiker

eignet sich auch, um ihn von älteren SchülerInnen analysieren zu lassen. Was macht das Buch so erfolgreich? Würde man die Geschichte heute ähnlich schreiben? Etc.

www.jungbrunnen.co.at/das-staedtchen-drumherum

FREIWILLIGENEINSÄTZE

polis aktuell 2/2020

- Beweggründe für Freiwilligeneinsätze
- Seriöse Angebote
- Das Geschäft mit den Waisenhäusern
- Rassismus und Freiwilligeneinsätze
- Unterrichtsbeispiele:
Faires Reisen | Entstehung von Klischees

> www.politik-lernen.at/pa_freiwilligeneinsaetze

KINDERRECHTE

polis aktuell 7/2019

- Die Rechte von Kindern und Jugendlichen
- Die UN-Kinderrechtskonvention
- Die Umsetzung der Kinderrechte in Österreich und weltweit
- Kinder und Jugendliche, die für ihre Rechte kämpfen
- Unterrichtsideen, Materialien, Linktipps

> www.politik-lernen.at/pa_kinderrechte

DIE GEMEINDE ALS POLITISCHE AKTEURIN

polis aktuell 1/2021

- Die Gemeinde: Definition, Aufgaben, Finanzierung
- Fallstudie Purkersdorf
- Service-Learning – Lernen durch Engagement
- Unterrichts- und Projektideen
- Links und Materialien

> www.politik-lernen.at/pa_gemeinde

1 PARTIZIPATIONSBEGRIFF, STUFEN UND QUALITÄT VON BETEILIGUNG



1.1. PARTIZIPATION: EIN SCHILLERNDER BEGRIFF MIT FRAGEZEICHEN

Der Partizipationsbegriff ist in diesem Heft weit gefasst. Er bezieht sich sowohl auf die politische als auch auf die zivilgesellschaftliche und soziale Teilnahmegestaltung von Kindern und Jugendlichen in schulischen und außerschulischen Bereichen.

Partizipation klingt positiv. Es geht um Mitreden und Mitentscheiden – im eigenen Lebensumfeld, in der Gemeinde, im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz, in der Schule oder bei wichtigen gesellschaftspolitischen Angelegenheiten. Der Begriff Partizipation hat seine Wurzeln im Lateinischen und leitet sich von *pars* (der Teil) und *capere* (ergreifen, sich aneignen, nehmen) ab. Gemeint ist also Beteiligung, Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung und auch Mitentscheidung.

Wie das in der Praxis umgesetzt wird, ist recht unterschiedlich. Für die einen bedeutet Beteiligung, sich freiwillig für eine Sache zu engagieren (im Gemeinwesen, in BürgerInnenbeteiligungsverfahren, bei Interessenvertretungen, Parteien oder in Initiativen der Zivilgesellschaft), für andere, alle paar Jahre zu wählen und in der Zwischenzeit der Demokratie „zuzuschauen“.

Dass funktionierende Demokratien von der Beteiligung der Bevölkerung leben und auf ihre politische und soziale Partizipation angewiesen sind, ist nichts

Neues und wird vielleicht mit einem Gähnen abgenickt. Ja, schon, denken viele, aber davon ist immer weniger zu merken und das politische Geschehen lässt sie daran zweifeln, ob ihre Beteiligung auch wirklich etwas verändern kann. Sie argumentieren, dass Demokratien durch den globalen Finanzkapitalismus, die Wirtschaftskrise und den Vertrauensverlust in politische Institutionen (Stichwort Korruption) ausgehöhlt werden oder wurden (vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, siehe Weiterlesen, Seite 4). Wie viel Spielraum gibt es für „Mitentscheidung“, wenn Entscheidungen in globalen Zusammenhängen zusehends undurchschaubar werden und sich erfahrbaren Mitwirkungsmöglichkeiten entziehen?

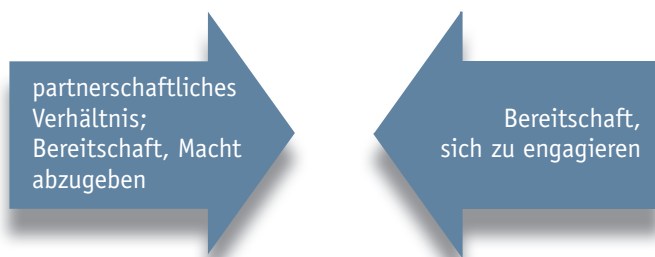
Es gibt zahlreiche Gründe für (berechtigte) Skepsis angesichts der Krisen repräsentativer Demokratien. Die zentralen Fragen, die bleiben, sind: Was sind die Alternativen? Welche Modelle und Ideen eröffnen Perspektiven für eine „Demokratie von unten“, für eine partizipative, inklusive Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft?

Eine wachsende Zahl von AutorInnen und Initiativen versucht, darauf Antworten zu finden. Der Historiker Paul Ginsborg sieht z.B. gerade die kontinuierliche Partizipation der BürgerInnen als unbedingte Voraussetzung dafür an, die Qualität der Repräsentation sicherzustellen und zu kontrollieren, aber auch, diese zu stimulieren.

Alle „Sprechblasen“-Zitate: beteiligung.st, die Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung, hat junge Menschen gefragt, warum für sie Mitsprache und Mitbestimmung wichtig sind und warum sie selbst mitmachen. (Zitate von Kindern und Jugendlichen aus Kindergemeinderäten, Jugendräten und Beteiligungswerkstätten)

Partizipation braucht einerseits das Engagement von Menschen, auf der anderen Seite das Teilen von Verantwortung und Macht.

GRUNDPRINZIP VON PARTIZIPATION



Genau in diesem Spannungsfeld findet Partizipation statt – egal ob es sich um Familie, Schule oder Betrieb handelt. Das Potenzial einer aktiven Praxis von Demokratie endet nicht bei Wahlen, Volksabstimmungen oder Volksbefragungen. Es betrifft alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Im Kern geht es darum, was aktive BürgerInnenschaft ausmacht: die Erfahrung und Einstellung des Individuums, dass es selbstwirksam ist und durch verantwortliche Beteiligung Veränderungen erreichen kann, die Auswirkungen auf Gegenwart und Zukunft haben. Oder einfacher gesagt: das Vertrauen auf das persönliche und gesellschaftspolitische Veränderungspotenzial.

Partizipation ist ein Erfahrungsprozess, in dem für alle Beteiligten viel zu lernen ist. Unter anderem auch deswegen, weil man vielleicht etwas riskiert, indem man die eigenen Ideen und Einstellungen zu erkennen gibt. Und zweitens, weil es um das Aushandeln unterschiedlicher Interessen, Sichtweisen und Bedürfnisse geht – was manchmal anstrengend ist. Hier gilt bekanntlich: **Partizipieren lernt man durch Partizipation.** Die Kompetenzen, die sich dabei langfristig entwickeln (können) – kommunizieren, Meinungen vertreten und argumentieren, Eigeninitiative und kreatives Potenzial entwickeln – spielen in der Politischen Bildung ebenso wie in der Bildung für nachhaltige Entwicklung und im Rahmen der Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen (siehe www.kompetenzrahmen.de/files/europaeischekommission2007de.pdf) eine zentrale Rolle.

Das Verständnis von Partizipation hat sich im Lauf der Jahrzehnte gewandelt. War sie bis in die 1970er-Jahre hinein in erster Linie auf formelle politische Instrumente und Handlungen bezogen, durch die BürgerInnen Einfluss auf politische Entscheidungen und Macht nehmen konnten (z.B. durch das Wahlrecht), weitete sich die Bedeutung allmählich auf ganz unterschiedliche Lebenszusammenhänge aus. Es ging immer mehr um die Frage, wie das Gestaltungsprinzip Demokratie auf allen gesellschaftlichen Ebenen verwirklicht werden könnte

– als Weg zu mehr Gerechtigkeit in Institutionen, Arbeitswelt und Verwaltung. Emanzipatorische Lernprozesse der „Ermächtigung“ und „Selbstermächtigung“ („Empowerment“) jener sozialen Gruppen, die bislang von Mitbestimmung und Teilhabe an Gesellschaft und Politik ausgeschlossen waren, sollten den Weg dorthin bereiten. In diesem Zusammenhang hinterließen vor allem die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA, die Frauenrechtsbewegung und die politische Bildungs- und Gemeinwesenarbeit von Paolo Freire nachhaltige Spuren.

Chancengleichheit und Inklusion sind nach wie vor die markantesten Ziel- und Wegmarkierungen für Partizipation. Die Herausforderung liegt für InitiatorInnen von Partizipationsprozessen daher vor allem darin, Menschen mit ganz verschiedenen gesellschaftlichen Orientierungen zu erreichen, vielfältige Bedürfnisse (z.B. von Mädchen und Burschen, rhetorisch mehr oder weniger Begabten usw.) zu berücksichtigen und sehr genau darauf zu achten, dass sich auch wirklich ALLE beteiligen können.

> WEITERLESEN

- *Colin Crouch*: Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008
- *Paul Ginsborg*: Wie Demokratie leben. Berlin: Wagenbach, 2008
- *David Van Reybrouck*: Gegen Wahlen. Warum Abstimmen nicht demokratisch ist. Göttingen: Wallstein, 2016

1.2. IM FOKUS: KINDER UND JUGENDLICHE

Wenn es um junge Menschen im Zusammenhang mit Partizipation geht, fallen vor allem drei Dinge auf:

- Meistens ist von einem (außerschulischen) Projekt die Rede – einer Sache, die „besonders“ ist und sich vom Alltag abhebt. Langfristige, in den Alltag integrierte Formen ziehen schulisch oder außerschulisch wesentlich seltener Aufmerksamkeit auf sich.
- Zweitens: Jüngerer Generationen werden (über Projekte hinaus) nur wenige Möglichkeiten eingeräumt, sich bemerkbar zu machen oder gar mitzuentcheiden – gerade dann nicht, wenn es um zukunftsweisende Angelegenheiten für die nächsten Generationen geht.

„Wir sind beim Kindergemeinderat, damit wir unsere eigenen Verbesserungen in die Gemeinde einbringen können. Zwischen Spiel und Spaß gibt es auch Abstimmungen über unsere Vorschläge.“

- Eine dritte Erkenntnis: Es ist wichtig, genauer hinzuschauen, was „Partizipation“ jeweils bedeutet. Was steckt hinter einem Projektnamen und stimmt die Ankündigung mit dem Inhalt überein? Sind Kinder und Jugendliche Objekte oder werden sie als Subjekte ernst genommen? Geht es um Mitsprache, um Mitwirkungsrechte oder um das Recht mitzuentcheiden? Wird Partizipation als eine Zielvorstellung, als eine Methode oder als eine Mode verstanden?

Partizipation hat in den letzten Jahrzehnten eine starke Aufwertung erfahren, gerade im Kinder- und Jugendbereich ist sie sozial sehr erwünscht. Mittlerweile kommt es nur selten vor, dass in Projektausschreibungen oder bei Wettbewerben nicht das Kriterium Partizipation nachgefragt wird.

Auch Studien belegen, dass die soziale und politische Partizipation von Jugendlichen in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren deutlich angestiegen ist.

Die Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019, die das Leben der 12- bis 25-Jährigen in Deutschland untersuchte, legt nahe, dass die stärker angestiegene Begeisterung für politisches Engagement stark mit Umweltthemen verknüpft ist. Diese beiden Bereiche haben laut Studienergebnissen am stärksten an Relevanz gewonnen: Fast drei Viertel (71 %) der Jugendlichen gaben an, dass ihnen der Schutz der Umwelt besonders wichtig sei, und mehr als ein Drittel (34 %) bewertete das eigene politische Engagement hoch. Die von Schülern und Schülerinnen initiierte Fridays-for-Future-Bewegung zeugt von diesem gesteigerten Bewusstsein, ihre starke mediale Repräsentation von jungen Frauen (Greta Thunberg, Vanessa Nakate, Luisa Neubauer) scheint Mädchen besonders zu inspirieren. Auch die Black-Lives-Matter-Proteste, die in Österreich zu den größten Demonstrationen der vergangenen 20 Jahre zählen, verzeichneten eine hohe Zahl an jugendlichen Beteiligten.

Hauptantrieb für politische Partizipation dürfte sein, dass Politik die Jugend häufig übergeht. So scheinen es zumindest die Jugendlichen zu empfinden, denn der Österreichischen Jugendwertestudie⁴ aus 2019 zufolge meinen 80 % der jungen Menschen in Österreich, dass PolitikerInnen keine Ahnung hätten, wie es den meisten Menschen geht. Fast 70 % geben an, dass sie bei Wahlen nur „das geringste Übel“ wählen und eigentlich mit keiner

Partei übereinstimmen würden. Allgemein herrscht eher mäßiges Interesse an klassischer Politik, nur bei Wahlen steigt es kurzfristig, um wenig später wieder abzufallen. Viele junge Menschen haben den Wunsch, ihre Zukunft mitzugestalten, finden aber oftmals keinen Raum für ihre Anliegen. Abseits von Demonstrationen ist die Motivation für politisches Engagement weiterhin niedrig.

Längerfristige Beteiligungen wie etwa die Mitgliedschaft in einer Partei oder einer Bürgerinitiative stoßen auf wenig Interesse. Auch die Teilhabe in Vereinen und Verbänden ist nach wie vor gering. Traditionelles politisches und soziales Engagement dürfte einem neuen Anspruch entsprechen, nämlich sich nicht binden zu wollen. Beteiligungsformen, die das einfache und kurzfristige Äußern von Wünschen ermöglichen, oder projektbezogene Möglichkeiten wie Workshops und Diskussionen (auch online) wecken größeres Interesse. Online-Partizipation eröffnet ein neues Feld für Kinder und Jugendliche, aktiv zu werden. Sie bietet die Chance, selbst Inhalte zu produzieren, Themenschwerpunkte zu setzen, Aufmerksamkeit zu erregen, zu mobilisieren und zu organisieren. In sozialen Netzwerken können sich Jugendliche positionieren, in Diskussionen einbringen oder auch Links zu Online-Petitionen und Spendenaktionen weiterleiten und Protestmails verschicken („Mail Bombing“).

Zu diesen Aspekten siehe auch die Ergebnisse des Österreichischen Demokratie Monitor auf den folgenden Seiten.

> WEITERLESEN

- *Deutsche Shell Holding GmbH (Hrsg.): 18. Shell Jugendstudie – Jugend 2019. Eine Generation meldet sich zu Wort.* Weinheim: Beltz Verlag, 2019.
www.shell.de/ueber-uns/shell-jugendstudie
- *Antje Daniel, Anna Deutschmann: Umweltbewegung revisited? Fridays for Future in Wien: Profil und Einstellungen einer neuen Protestbewegung.* Wien: Institut für Internationale Entwicklung, ieWorkingPaper No. 9, 2020.
<https://bit.ly/3ecK5we>
- *Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund (Hrsg.): Politische Partizipation Jugendlicher im Web 2.0.* Dortmund: Eigenverlag Forschungsverbund DJI/TU, 2015.
<https://bit.ly/3k0tSyr>

⁴ Zusammenfassung der Studie unter https://jugendkultur.at/wp-content/uploads/Jugendwertestudie_2019_ab_sofort_erhaeltlich-1.pdf

JUNGE MENSCHEN UND POLITIK IN ÖSTERREICH²

Der Demokratie Monitor befragt seit 2018 einmal pro Jahr die Menschen in Österreich, wie es ihnen mit unserem politischen System geht und in welcher Form sie sich an politischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligen. Ein besonderer Fokus liegt auf den jungen Menschen: **Wo informieren sie sich über Politik und welche politischen Themen bewegen sie? Mit wem sprechen sie über Politik? Wie beteiligen sie sich?** Insgesamt 360 junge Menschen zwischen 16 und 26 Jahren aus ganz Österreich haben dazu Auskunft gegeben. Sie wurden so ausgewählt, dass ihre Antworten repräsentativ für die Altersgruppe sind.³

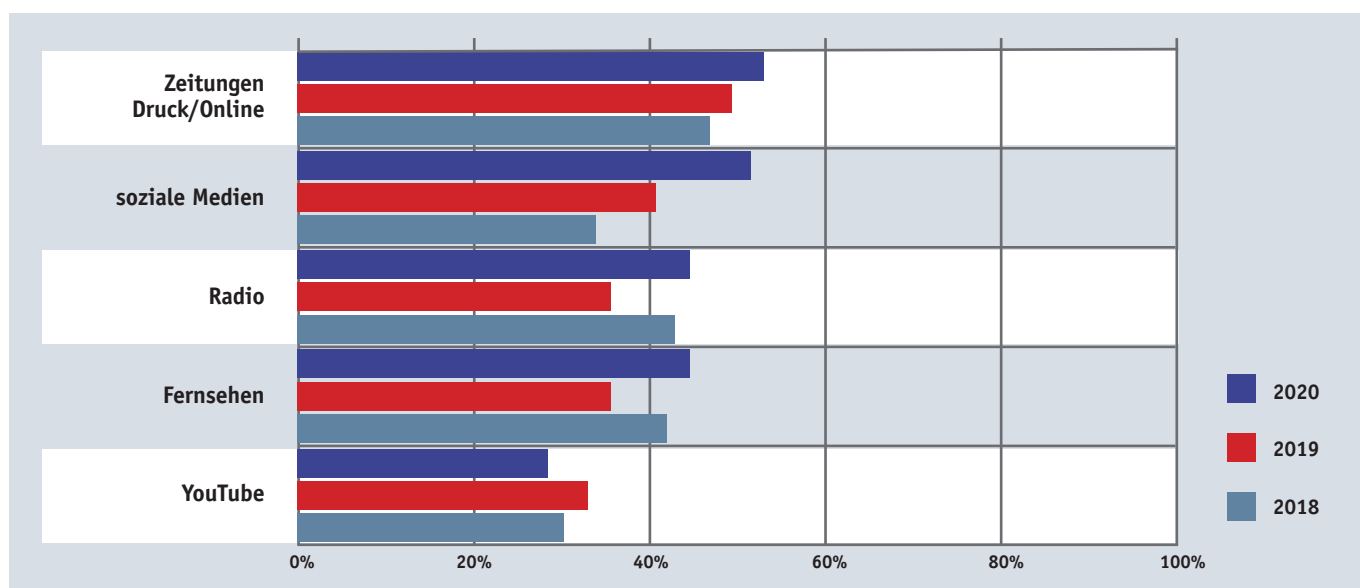
Das von der **Corona-Pandemie** geprägte Jahr 2020 hat auch für junge Menschen gravierende Veränderungen mit sich gebracht. Rund **40 %** berichten davon, dass sich im Zuge der Pandemie ihre **psychische Gesundheit verschlechtert** hat. Bei ebenso vielen jungen Menschen hat sich zu Hause die **finanzielle Lage verschlechtert**. Besonders weit verbreitet ist daran anschließend auch die Sorge, dass die soziale Ungleichheit in Österreich aufgrund der Pandemie größer wird – zwei Drittel der jungen Menschen sind diesbezüglich besorgt. Auch Schule, Ausbildung oder Arbeit bereiten etwas mehr als der Hälfte Sorgen.

Die Corona-Pandemie hat zu einem **gestiegenen Informationsbedürfnis** unter den jungen Menschen geführt: 2020 haben sie sich wesentlich häufiger über politische Themen informiert als in den Jahren zuvor. Stark gestiegen ist dabei die Nutzung von Social Media – rund die Hälfte der jungen Menschen informiert sich aktuell zumindest einmal wöchentlich in den sozialen Medien über Politik. Im Jahr 2019 galt selbiges für ein Viertel, im Jahr 2018 für ein Fünftel der jungen Men-

schen. Die Bedeutung der **sozialen Medien als politische Informationsquelle** hat über die Jahre hinweg also deutlich zugenommen. Ganz besonders gilt dies für die Bilder- und Videoplattform Instagram, denn sie hat inzwischen alle anderen sozialen Medien überholt und ist erstmals das am meisten genutzte soziale Medium für den Bezug von politischen Informationen.

Ebenfalls rund die Hälfte der jungen Menschen informiert sich zumindest einmal wöchentlich in Druck- oder Online-Ausgaben von Zeitungen über Politik. Ein wichtiger Unterschied zwischen den politischen Inhalten in Zeitungen und sozialen Medien ist, dass erstere von JournalistInnen überprüft werden. Dieser Faktencheck obliegt bei Beiträgen in sozialen Medien den LeserInnen selbst. In diesem Zusammenhang äußern die jungen Menschen ein beträchtliches **Bedürfnis danach, zu lernen, wie die Qualität von politischen Informationen in Medien beurteilt werden** kann: 51 % von ihnen denken, dass diese Form von Medienkompetenz in der Schule zu kurz kommt.

Das erhöhte Informationsbedürfnis spiegelt sich auch in einem gestiegenen Austausch über Politik wider: Die jungen Menschen sprechen mit ihrem Umfeld häufiger über politische Themen als in den Jahren zuvor. Die nach wie vor **wichtigsten GesprächspartnerInnen** finden sich dabei im **Freundeskreis** und in den **Familien**: Etwas mehr als die Hälfte der jungen Menschen diskutiert zumindest einmal wöchentlich mit FreundInnen (54 %) oder Familienmitgliedern (52 %) über politische Themen. Auch mit KollegInnen aus Schule, Ausbildung oder Arbeit tauschen sich 47 % der jungen Menschen zumindest einmal pro Woche über Politik aus. Im Gegensatz dazu ist der Anteil an jungen Menschen, die sich weder mit FreundInnen, noch mit Familie oder Kol-



Frage im Wortlaut: „Wie oft informieren Sie sich über politische Themen auf/in ...? Täglich, mehrmals pro Woche, einmal pro Woche, seltener oder nie?“

Anmerkung: In der Abbildung zusammengefasst sind die Antworten „täglich“, „mehrmals pro Woche“ und „einmal pro Woche“.

legInnen über politische Themen unterhalten, über die Jahre hinweg gesunken. Lag dieser Anteil 2018 noch bei fast 20 %, sank er im Jahr 2019 bereits auf 7 %. Grund hierfür war das „Ibiza-Video“ und die darauffolgende Staatskrise, die auch das Interesse jener jungen Menschen geweckt hat, die sich bislang wenig mit politischen Themen auseinandergesetzt haben. Auf das „Ibiza-Jahr“ 2019 folgte das „Corona-Jahr“ 2020 und nun sind es nur noch 2 %, die nie mit FreundInnen, Familienmitgliedern oder KollegInnen über Politik diskutieren. Wenig überraschend ist die Corona-Pandemie auch jenes Thema, das die jungen Menschen in den vergangenen Monaten besonders beschäftigt hat (**für 37 % war Corona das Thema Nummer 1**). Darauf folgt der 2019 dominierende Umwelt- und Klimaschutz – rund einem Viertel der jungen Menschen liegt dieser nach wie vor besonders am Herzen. Für jeweils rund 10 % der jungen Menschen stehen Rassismus, allen voran die **Black Lives Matter-Bewegung**, sowie soziale Themen (die finanzielle Situation der eigenen Familie oder Arbeitslosigkeit) an erster Stelle.

Nicht nur das Interesse an und der Austausch über politische Themen sind unter den jungen Menschen im letzten Jahr angestiegen, auch **ihre politische Beteiligung hat etwas zugenommen**. Nach wie vor nehmen die jungen Menschen dabei – wie auch der Rest der Bevölkerung – am häufigsten an Wahlen teil: **Drei Viertel** von ihnen haben in den letzten fünf Jahren von ihrem **Wahlrecht Gebrauch gemacht**. Außerdem haben sich zwei Drittel der jungen Menschen in der Nachbarschaft, der Schule oder der Arbeit für einen anderen Menschen oder für ein bestimmtes Thema eingesetzt – 2019 lag dieser Anteil noch bei 57 %. Zum sozialen Zusammenhalt in ihrem Umfeld haben die jungen Menschen also

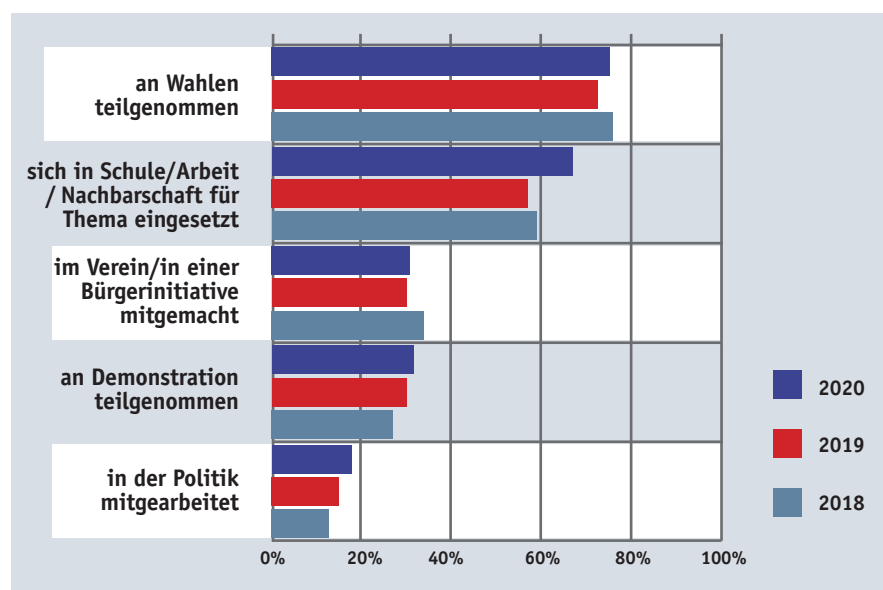
gerade auch in schwierigen Zeiten einen wichtigen Beitrag geleistet.

Auch in einem Verein oder einer BürgerInneninitiative hat sich fast ein Drittel der jungen Menschen engagiert. Auf die Demonstrationsfreudigkeit der jungen Menschen hatte wiederum die **Fridays-for-Future-Bewegung** Auswirkungen: Während 2018 rund ein Viertel davon berichtet hat, in den letzten fünf Jahren an einer Demonstration teilgenommen zu haben, gilt dies 2020 für ein Drittel. Für die Mitarbeit in der Politik kann sich wiederum nicht ganz ein Fünftel der jungen Menschen begeistern.

Das **politische Engagement** der jungen Menschen ist dabei insgesamt **stärker in informellen Gruppen** als in klassischen Vereinen, Parteien oder Interessenvertretungen zu finden: Ein Fünftel engagiert sich in Gruppen von jungen Menschen, die sich für eine bestimmte Sache einsetzen, 18 % in einem Sozial- oder Hilfsverein. In einer Interessenvertretung, z.B. in der Gewerkschaft oder einer NGO, sind wiederum 14 % der jungen Menschen aktiv. Mit 10 % fällt die Beteiligung in politischen Parteien bzw. in deren Jugendorganisationen am geringsten aus.

Nach wie vor aufrecht ist die **soziale Schere im Hinblick auf politische Beteiligung**: Junge Menschen mit geringeren finanziellen Mitteln beteiligen sich seltener am politischen Geschehen, obwohl auch ihnen zahlreiche politische Themen am Herzen liegen. Entlang ihrer sozialen Lage, die sich im Zuge der Corona-Pandemie weiter verschlechtert hat, fühlen sie sich weniger in die Gesellschaft und ihre demokratischen Strukturen eingebunden.

Mehr Informationen unter: www.demokratiemonitor.at



2 Zusammengestellt von Martina Zandonella (www.sora.at)

3 Eine Befragung ist dann repräsentativ, wenn ihre Ergebnisse nicht nur für die Stichprobe (die 360 Befragten), sondern für die Grundgesamtheit (das sind alle jungen Menschen in Österreich von 16 bis 26 Jahren – aktuell sind das etwas mehr als 1,1 Millionen) gelten. Dazu müssen die Befragten so zusammengesetzt sein, dass sie die Grundgesamtheit in wichtigen Merkmalen widerspiegeln. Zu diesen Merkmalen zählen z.B. das Geschlecht, Stadt/Land oder auch SchülerInnen/Lehrlinge/Studierende/Berufstätige.

Frage im Wortlaut: „Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...?“

> TIPP METHODE: BETEILIGUNGSERFAHRUNG VON SCHÜLER:INNEN

(ab der 7. Schulstufe, Dauer: ca. 20 Minuten)

Die Schüler:Innen führen Kurzinterviews mit Klassenkolleg:Innen zum Thema Beteiligung durch und machen Notizen (Was war der genaue Hintergrund? Aus welchen Gründen hat sich jemand beteiligt oder nicht beteiligt?). Danach Diskussion.

Ziele: Erfahrungen der Klassenkolleg:Innen zum Thema Partizipation/Beteiligung kennenlernen und miteinander ins Gespräch kommen. Reflexion zur Frage der Motivation für Beteiligung.

Vorbereitung: Die Lehrkraft bereitet Kärtchen auf festerem A4-Papier vor (am einfachsten mehrere auf einer Seite ausdrucken und dann als Papierstreifen zuschneiden). Abhängig von der Gruppengröße können die Inhalte mehrfach verwendet werden.

Kärtchen: Suche jemanden in deiner Klasse, die/der ...

- ... schon einmal an einer Demonstration teilgenommen hat.
- ... schon einmal einen LeserInnenbrief zu einem politischen Thema geschrieben hat.
- ... schon einmal bei einer Wahl (in und außerhalb der Schule) beteiligt war.
- ... schon einmal auf Bezirks- oder Gemeindeebene bei einem partizipativen Projekt (= Beteiligungsprojekt) mitgemacht hat.
- ... sich irgendwo nicht beteiligen konnte, weil nur Mädchen/ Burschen zugelassen waren.
- ... sich an einer Abstimmung im Internet beteiligt hat.
- ... sich im Internet an politischen Diskussionen (Foren, Blogs etc.) beteiligt hat.
- ... überlegt, sich für eine politische Partei zu engagieren oder dies bereits tut.
- ... überlegt, sich freiwillig in einer gemeinnützigen (Non-Profit) Organisation zu engagieren.
- ... als Interessenvertreter:In für andere tätig ist oder war (z.B. als Klassensprecher:In, Schülervertreter:In etc.) oder gerne wäre.
- ... unbezahlte Freiwilligenarbeit geleistet hat (außerhalb der Familie).
- ... in einer Jugendorganisation tätig ist/war.
- ... sich für eine religiöse Einrichtung engagiert (hat).



Durchführung (ca. 20 Minuten):

Schritt 1:

Die Schüler:Innen ziehen eine Karte und suchen jemanden, der/die die beschriebene Erfahrung entweder selbst gemacht hat oder jemanden kennt, auf die oder den das zutrifft.

Anschließend Austausch im Klassenplenum. Dabei steht nicht so sehr im Vordergrund, wer welche Erfahrung gemacht hat, sondern z.B. Fragen wie:

- Was habt ihr Neues erfahren (über eure Klassenkolleg:Innen, über Beteiligung)?
- War es leicht/schwer, jemanden mit der entsprechenden Erfahrung zu finden?

Schritt 2: Diskussionspunkte und Klassenbild

- Was sind die Gründe für Beteiligung? In welchen Bereichen gibt es die stärkste Beteiligung, in welchen die geringste? Welche Gründe gibt es, sich nicht zu beteiligen?
- Was bringt Partizipation für Kinder/Jugendliche?
- Wo sollten Kinder und Jugendliche mehr mitreden und mitentscheiden dürfen?
- Was wäre für euch besonders wichtig, wofür würdet ihr euch gern engagieren (Thema, Bereich, Organisation usw.)?

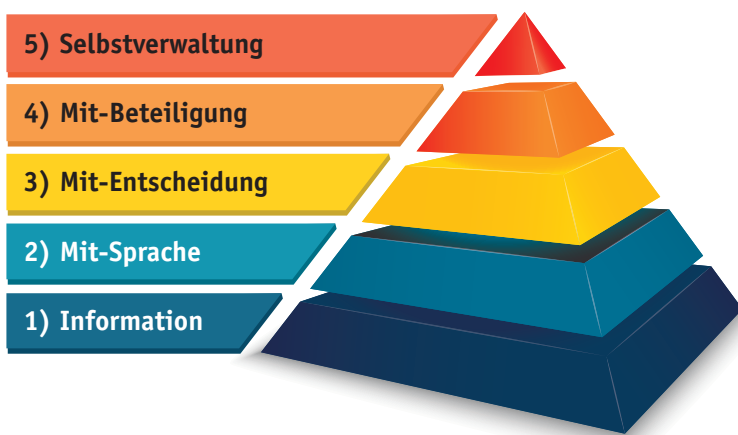
1.3. INTENSITÄT, STUFEN UND QUALITÄT VON BETEILIGUNG: WIE WEIT GEHT PARTIZIPATION?

INTENSITÄT UND STUFEN DER BETEILIGUNG

Das Spektrum der Intensität von Partizipation reicht von Mitsprache über Mitwirkung und Mitbestimmung bis hin zu mitverantwortlicher Selbstbestimmung. Andere Gradmesser, die für Beteiligung herangezogen werden, sind etwa „Information“, „Konsultation“ und „Kooperation“. Jugendliche sehen „informiert sein“ und „Wissen“ als wesentlich für spätere Beteiligung an. Informiert

sein oder werden ist zwar eine Voraussetzung, zählt aber noch nicht zur eigentlichen Partizipation. Das Modell der Partizipationspyramide eignet sich, um den Grad der Mitentscheidung der Beteiligten einzuschätzen (im außerschulischen und schulischen Bereich) und zu bestimmen, was mit Partizipation jeweils gemeint ist.

STUFEN DER PARTIZIPATION



Es gibt unterschiedliche Modelle, wie die Stufen und Qualität von Partizipation dargestellt werden. Das bekannteste ist das Stufenleitermodell der Partizipation nach Hart (1992, 1997). Eine sehr anschauliche und einfache Version wurde im funtasy.projects.ch entwickelt, eine ausgefeiltere Variante gibt es von Straßburger & Rieger 2019.

Links: Partizipationspyramide aus dem funtasy.projects.ch (inzwischen offline)

Die Pyramide wird anhand des Beispiels eines fiktiven Jugendzentrums, das in einer Gemeinde gebaut werden soll, verständlich.

1) Information: Die Jugendlichen werden vom Vorhaben in Kenntnis gesetzt bzw. informieren sich selbst.

2) Mit-Sprache: Jugendliche werden befragt und eingeladen, ihre Meinungen und Bedürfnisse zum Jugendzentrum vor den EntscheidungsträgerInnen auszusprechen. Eventuell beeinflusst dieser Schritt das Vorhaben, jedoch bleibt die Letztentscheidung bei den politischen und/oder finanziell Verantwortlichen. Die Mehrzahl von Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche gehört dieser Stufe an.

3) Mit-Entscheidung: Die Beteiligten können mitentscheiden, ob etwas zustande kommt oder nicht. Im Fall des Jugendzentrums haben sie bei der Planung ein Stimmrecht und sind auch in das Konzept und die Realisierung des Jugendzentrums eingebunden.

4) Mit-Beteiligung: Die Beteiligten sind sowohl in die Entscheidungen zur Planung als auch in die Gestaltung und Umsetzung des Projekts eingebunden – selbst wenn die finanziellen Mittel von den EntscheidungsträgerInnen kommen. Im Fall des Jugendzentrums übernehmen sie langfristig im laufenden Betrieb Verantwortung.

5) Selbstverwaltung: Die Jugendlichen initiieren das Jugendzentrum entweder in Eigenregie oder es werden Ressourcen von Erwachsenen zur Verfügung gestellt, über welche die Jugendlichen entscheiden und die sie verwalten.



Quelle: Gabi Straßburger, Judith Rieger (Hrsg.): Partizipation kompakt – Für Studium, Lehre und Praxis sozialer Berufe, 2. Auflage, 2019.

QUALITÄTSKRITERIEN FÜR KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG

Was macht die Qualität von gelungener Partizipation von Kindern und Jugendlichen aus? Zugespitzt könnte man sagen, die Qualität ergibt sich aus den Aspekten: „**gut zu Entscheidungen kommen**“ (Prozess) und „**gute Entscheidungen treffen**“ (Ergebnis). Die Arbeitsgemeinschaft Partizipation (www.jugendbeteiligung.at), in der u.a. alle österreichischen Landesjugendreferate und das Amt für Jugendarbeit Bozen vertreten sind, hat folgende **Qualitätskriterien** erarbeitet (gekürzt aus <https://jugendbeteiligung.at/grundlagen/#qualitaetskriterien>):

- **Freiwilligkeit, Selbstbestimmtheit und Wertschätzung** von Kindern und Jugendlichen (als gleichwertige PartnerInnen und ExpertInnen ihrer Lebenswelten)
- **Kompetente Begleitpersonen** stehen beratend und unterstützend mit kinder- und jugendgerechtem methodischen, sozialen und pädagogischen Repertoire zur Seite.
- **Aktivität und Selbstwirksamkeit:** Kinder und Jugendliche überlegen selbst, welchen Themen sie sich widmen wollen und welche Schwerpunkte sie sich setzen. Sie sind in möglichst allen Phasen der Projekte aktiv beteiligt.
- **Gemeinsame Zielformulierung:** Alle am Vorhaben Beteiligten definieren gemeinsam die Ziele und stecken den Rahmen ab (Zeit, Ressourcen, Verbindlichkeiten).
- **Verbindlichkeit:** Gemeinsame Vereinbarungen werden verbindlich umgesetzt. Die dafür notwendigen Ressourcen (finanziell, zeitlich, personell, räumlich etc.) sind vor der Miteinbeziehung von Kindern und Jugendlichen vorzusehen.
- **Überparteilichkeit:** Kinder und Jugendliche werden im selbstbestimmten politischen Denken gefördert und nicht für politische Richtungen vereinnahmt.
- **Soziale Gerechtigkeit:** Die Beteiligungsangebote sind gender- und diversitätsgerecht gestaltet.
- **Intergenerativer Dialog:** Im Laufe des Mitbestimmungsprozesses findet ein Austausch zwischen jungen Menschen und Erwachsenen verschiedenen Alters statt.
- **Öffentlichkeitsarbeit:** Informationen sicherstellen, Resonanz für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen stärken.
- **Transparenz und Dokumentation:** Die Projektschritte und Prozesse werden dokumentiert und in verständlicher Form allen Beteiligten zugänglich gemacht.
- **Evaluierung:** Der Projektverlauf wird gemeinsam mit allen Beteiligten nachbesprochen.
- **Einbindung des Umfelds:** Im Prozess wird das gesamte Umfeld mitgedacht und einbezogen.

Inhalte der Qualitätskriterien für Kinder- und Jugendbeteiligung finden sich auch in internationalen Dokumenten wie der Agenda 21, in der UN-Kinderrechtskonvention, der (revidierten) Europäischen Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region (Europarat, 2003) und in der EU-Jugendstrategie 2019-2027 „Beteiligung, Begegnung und Befähigung“.

2 PARTIZIPATION VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

Die Jugend von heute liebt den Luxus und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.
Sokrates, 469 bis 399 v. Chr.

2.1. BALANCEAKT

Beteiligung ist im Zusammenhang mit Kindern und Jugendlichen ein Balanceakt. Die Sozialpädagogin Raingard Knauer meint damit eine Haltung von Erwachsenen gegenüber jungen Menschen: Unterstützung ohne Bevormundung, Begleiten und Ermöglichen, ohne schon vorwegzunehmen, was herauskommen soll, die Sicht der Kinder wahrnehmen und sie in Planungen einbeziehen oder altersadäquate Beteiligungsangebote entwickeln und Grenzen transparent halten. Es geht darum, zwischen Autonomie und Abhängigkeit Räume für Beteiligung zu schaffen oder zu erweitern. Räume, in denen Kinder und Jugendliche auch andere Rollen als jene einer vorwiegend aufnehmenden und geführten ausprobieren können.

Darüber hinaus gibt es noch einen zweiten Balanceakt: Gemeinsames Handeln, Planen und Mitentscheiden bei Themen, die den Beteiligten am Herzen liegen, ist etwas anderes als das Übertragen von „Erwachsenenpolitik“ auf Kinder. Dennoch braucht es auch wirksame Kinder- und Jugendpolitik als Querschnittsmaterie – politische Strukturen für und mit jungen Menschen. Schließlich geht es um Mitreden und Mitentscheiden in ALLEN Lebensbereichen und bei ALLEN Entscheidungen, die junge Menschen betreffen (nicht nur den Skaterpark!).

2.2. ENTWICKLUNG VON FÄHIGKEITEN

Der Rahmen von Partizipation ändert sich klarerweise mit dem Alter und der Entwicklung kognitiver und sozialer Fähigkeiten junger Menschen. Kinder zwischen vier und sechs Jahren können laut Entwicklungspsychologie ihre Meinung vertreten, wenn es um die eigene Wohnumgebung oder um Spiel- und Aufenthaltsorte geht. Zwischen sechs und zehn Jahren überblicken Kinder den unmittelbaren Lebensbereich (Wohnumfeld, Schule). Die Zahl der Klassenräte und Schulparlamente – auch in der Volksschule – ist im Ansteigen begriffen und es ist klar: Kinder können mit entsprechender kompetenter Begleitung bereits in jungen Jahren soziale Verantwortung übernehmen und sind sowohl zu Mitgestaltung als auch Mitentscheidung fähig.

ANLEITUNG ZUM MISLINGEN PARTIZIPATIVER VORHABEN

- ✘ Erwachsene machen Dinge zum Thema, die für Kinder und Jugendliche belanglos sind.
- ✘ Kinder- und Jugendliche werden nicht ernst genommen.
- ✘ Alibihandlungen für die Bedürfnisse der Erwachsenen.
- ✘ Instrumentalisierung von Kindern/Jugendlichen in Vorzeigeprojekten.

In der Sekundarstufe I erweitert sich das Potenzial für Abstraktionsvermögen und für das Erkennen von gesellschaftlichen und politischen Strukturen.

> WEITERLESEN

- Philipp Mittnik (Hrsg.): Politische Bildung in der Volksschule. Wien, 2017.
https://zpb.phwien.ac.at/files/2017/09/Politische_Bildung.pdf

2.3. PARTIZIPATION ALS KINDERRECHT

Während soziale und politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in aller Munde ist, bleibt oft ein Aspekt unterbelichtet: Partizipation ist nicht etwas, das von Erwachsenen gewährt wird, sondern ein Kinderrecht. Eines der vier Grundprinzipien, von denen die Kinderrechtskonvention (KRK) getragen wird, ist das Kinderrecht auf Partizipation. Die 1989 verabschiedete UN-Kinderrechtskonvention setzt neben der Schaffung gesicherter Lebensgrundlagen für die persönliche Entwicklung (*provision*) und dem Schutz vor Gewalt (*protection*) Beteiligungsrechte als Schwerpunkt (*participation*). Diese Beteiligungsrechte sind der jüngste Themenkomplex in der Kinderrechtsdebatte.

Zwei Artikel sind in diesem Zusammenhang maßgeblich: Artikel 12 bezieht sich auf die **Achtung vor der Meinung des Kindes** sowie das **Recht auf Partizipation**. Auch Artikel 3 spielt eine herausragende Rolle (**bei politischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Entscheidungen sollen die Interessen und Belange der Kinder vorrangig berücksichtigt werden**).

Der Kinderrechtsansatz versteht Kinder (definiert als alle jungen Menschen unter 18 Jahren) als eigen-

ständige und selbstberechtigte Persönlichkeiten und stärkt sie darin, sich für ihre Rechte einzusetzen und sie auch einzufordern. Im Schulkontext zählen zu den Kinderrechten etwa Schutz vor Gewalt/Bullying, Recht auf Freizeit/Sport (z.B. Einhaltung von Pausen, Ausmaß von Turnstunden), adäquates Nahrungsangebot, adäquate Lernumgebung (z.B. Klassengestaltung) bis hin zum Verbot der Diskriminierung, z.B. nach Herkunft, Geschlecht oder Behinderung.

Mit dem Grundprinzip, Kinder in allen sie betreffenden Angelegenheiten zu beteiligen, werden sie als AkteurInnen bestärkt, aktiv ihr Umfeld einzuschätzen, Dinge nicht kritiklos hinzunehmen und Verantwortung zu übernehmen.

Österreich hat im Jahr 2011 das „Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern“ beschlossen. Artikel 4 legt dabei folgendes fest:

„Jedes Kind hat das Recht auf angemessene Beteiligung und Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind betreffenden Angelegenheiten, in einer seinem Alter und seiner Entwicklung entsprechenden Weise.“

ARTIKEL 12 DER KRK

„Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.“

WER BESTIMMT?

> **TIPP METHODE:** (Volksschule, Sekundarstufe I):

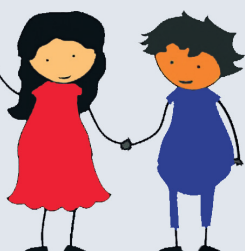
In der Gruppenübung geht es um Fragen, die sich darum drehen, wer in der Familie in welcher Situation entscheiden soll (Kinder, Eltern, beide gemeinsam). Die Kinder halten wie im Ampelspiel nach jeder Frage dafür eine Farbkarte hoch und signalisieren ihre Antwort. Ältere Kinder können in der Kinderrechtskonvention nachschauen, auf welche Rechte der Konvention sich die Fragen beziehen.

Download der Übung aus dem COMPASITO – Handbuch zur Menschenrechtsbildung mit Kindern (2009) unter

www.compasito-zmrb.ch/uebungen => Übung 33: Wer bestimmt?

Download der vereinfachten Fassung der Kinderrechtskonvention:

polis aktuell 7/2019: Kinderrechte. www.politik-lernen.at/pa_kinderrechte



ALLTAG, SCHULE, FREIZEIT

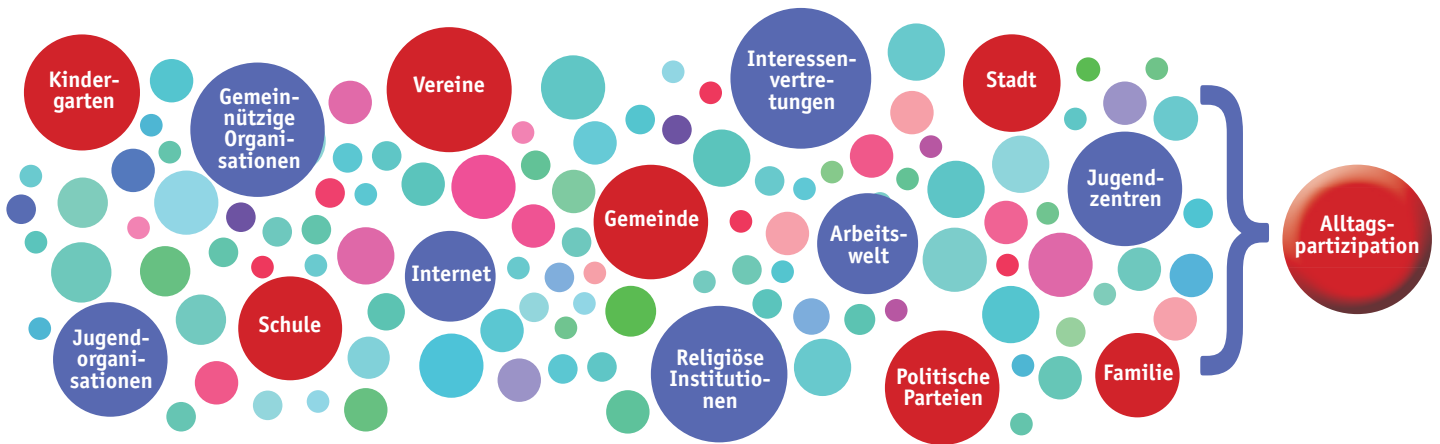
Wo sollten Kinder/Jugendliche eurer Meinung nach mehr zu sagen haben? Und was sagt ihr dazu?

Impuls (ab der 7. Schulstufe)

- **Schritt 1:** Die SchülerInnen überlegen in Kleingruppen eine kurze Geschichte (Szene) zum Thema Mitreden/Beteiligung oder Nicht-Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Dafür bietet sich die Schule an, aber auch Plätze, wo sich Jugendliche gerne aufhalten (z.B. Parks, Jugendzentrum etc.).
- **Schritt 2:** Zur Idee der Geschichte passend, machen sie fünf bis zehn Fotos, die zu einer Bildgeschichte zusammengefügt werden können.
- **Schritt 3:** Die SchülerInnen gestalten eine Collage mit zu den Bildern passenden Sprech- bzw. Gedankenblasen, Erzähltexten, Kreativelementen usw. Dazu werden die Fotos entweder ausgedruckt oder am PC bearbeitet.
- **Schritt 4:** Präsentation in der Klasse.
- **Schritt 5:** Nachbesprechung. Clustern und besprechen, was mit den Ergebnissen passieren soll (z.B. Ausstellung in der Schule oder auf der Schulwebsite).



2.4. WO UND WIE KÖNNEN SICH KINDER UND JUGENDLICHE BETEILIGEN?



Die oben dargestellte Grafik zeigt: Kinder und Jugendliche sind in vielfältige Lebens- und Alltagswelten und somit potenziell in zahlreiche Beteiligungssphären eingebunden – von der Schule bis zu Freizeitbereichen und virtuellen Communities. Ab 16 Jahren ist durch das Wahlrecht auch die Möglichkeit der formellen politischen Partizipation gegeben.

2.4.1. PARTIZIPATIONSSPIRALE



Quelle: Thomas Olk, Roland Roth: Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), 2007

Die groß angelegte empirische Studie mitWirkung! der Bertelsmann Stiftung (Deutschland) belegt: Positive Erfahrungen von partizipativen Prozessen in der Schule haben günstige Auswirkungen auf die Beteiligung in der Freizeit und in der Gemeinde, letztlich auch auf po-

litische Partizipation im weiteren Sinn. Je vielfältiger und positiver die Möglichkeiten und Erfahrungen, desto stärker die Bereitschaft, sich erneut einzubringen. Jugendliche nutzen Beteiligungsangebote und -projekte am Wohnort besonders intensiv, wenn sie

1. darüber gut informiert werden,
2. einen großen Erfahrungsschatz verbunden mit einem hohen Qualifikationsempfinden in puncto Partizipation haben,
3. viele Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule haben. Erleben Kinder und Jugendliche Beteiligung in einem Bereich erfolgreich, hat das auch günstige Auswirkungen auf andere Bereiche. Besonders unter diesem Blickwinkel sind erfolgreiche Kooperationen zwischen Schulen und Gemeinden bzw. Schulen und außerschulischen Einrichtungen zukunftsweisend für alle Beteiligten.

2.4.2. ALLTAGSPARTIZIPATION

Der Stellenwert jener Beteiligung, die dort passiert, wo der Alltag gelebt wird, sollte nicht unterschätzt werden. Denn Alltag ist das, was nicht auffällt, und Alltag gibt Sicherheit. Alltagspartizipation bedeutet, dass Beteiligung selbst zum Alltag wird – etwa durch Beteiligungsrituale (z.B. Klassenrat) und Feedback oder generell durch Mitsprache als Teil des Alltags. Die selbstverständliche, in den Alltag integrierte Beteiligung ist meistens unspektakulär, aber wirksamer als so manches Vorzeiprojekt. Ihre wichtigsten Ressourcen sind der Dialog und die Zeit. Zeit, um zuzuhören, zu beobachten, Ideen zu besprechen, Vereinbarungen auszuhandeln, Informationen weiterzugeben und zu planen.

Besonders diese Art der Beteiligung will gelernt sein – nicht nur von Kindern und Jugendlichen. **Für die Schule heißt das: Partizipation bleibt nicht alleine auf die Arbeit mit SchülerInnen eingegrenzt, sondern sie wird von Lehrkräften selbst gelebt und von der Schulleitung ermöglicht bzw. gefördert.**

> WEITERLESEN

- **ULTIMO Spezial.** Das Fachmagazin zu Themen der Jugendarbeit von Akzente Salzburg behandelt in mehreren Ausgaben das Thema Partizipation. Informationen und kostenlose Bestellung www.akzente.net/rein-schauen/ultimo-spezial
- Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg (Hrsg.): **Meine Meinung zählt** (2019). Download unter www.kija-sbg.at/fileadmin/user_upload/Meine_Meinung_zaeHLT.pdf
- Feedback und Alltagspartizipation im Schulbereich: *polis* aktuell 7/2011 (aktual. 2013) **Klassengemeinschaft**
www.politik-lernen.at/pa_klassengemeinschaft

2.4.3. FORMEN DER BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN

PROJEKTBEZOGENE FORMEN

Sie haben einen zeitlich begrenzten Planungs- und Durchführungshorizont, sind von den Aufgaben her überschaubar und zeigen sichtbare Ergebnisse. Ihre Integration in den Alltag ist allerdings nicht in allen Fällen möglich. Beispiele:

- Schule: Projektunterricht, Schulprojekte, Schulräume oder Schulfreiräume
- Kommunalpolitische Projekte zu Spielplatz-, Sport- und Freizeitanlagengestaltung, Verkehrsplanungen, Kulturveranstaltungen usw.

GRUNDBEGRIFFE UND VERSTÄNDNIS FÜR BETEILIGUNG

> METHODENTIPP FÜR DIE SEKUNDARSTUFE I

Das Demokratiezentrum Wien hat Unterrichtseinheiten zu zentralen politischen Partizipationsmöglichkeiten zusammengestellt.

- Was kann, darf, soll ich tun?
- Was hat das alles mit mir zu tun?
- Partizipation in der eigenen Lebenswelt
- Wie treffe ich politische Urteile und wie kann ich sie durchsetzen?
- Angebote politischer Organisationen nutzen
- Zeitlich begrenzte Fahrverbote vor Schulen?

www.demokratiezentrum.org/bildung/unterrichtsbeispiele/partizipation

Arbeitsblatt: www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/ab_partizipation_zit.pdf

OFFENE FORMEN

In unregelmäßigen Abständen artikulieren Kinder und Jugendliche ihre Meinung und Bedürfnisse (im Gespräch, in Diskussionsrunden, in Umfragen) oder sie bringen sich in Organisationen ein.

Beispiele sind: Kinder- und Jugendforen in der Gemeinde, Schul- und Klassenforum (z.B. zu Hausordnung, Lehrplan, Leitbild etc.), Kinder- und Jugendbefragungen, Internetabstimmungen (E-Partizipation), Open-Space-Konferenzen, Sprechstunden von BürgermeisterInnen für Jugendliche, Freiwilligenarbeit in NPOs.

PARLAMENTARISCHE FORMEN, VERFASSTE FORMEN, REPRÄSENTATIVE FORMEN

Modelle direkter Beteiligung, die durch Kontinuität und formale Strukturen gekennzeichnet sind, z.B. Kinder- und Jugendgemeinderäte bzw. Jugendlandtag oder Möglichkeiten politischer Partizipation (Wahlen, europäische BürgerInneninitiative), Wahl der Klassen- und SchulsprecherInnen, SchülerInnenparlamente.

Jugendliche nehmen formal durch gesetzliche Maßnahmen an Entscheidungsprozessen teil, etwa durch die Einführung des Wahlrechts ab 16 Jahren oder die Bestellung eines Kinder- und Jugendbeauftragten. Die Instrumente/Elemente direkter Demokratie und politischer Partizipation, an denen sich Jugendliche ab 16 Jahren in Österreich beteiligen können, sind Volksabstimmung, Volksbegehren, Volksbefragung, BürgerInneninitiative, Petitionen und Wahlen (EU-Ebene siehe Seite 21).

> WEITERLESEN

- Jugendseite des Vereins beteiligung.st: www.beteiligung.st/jugend
- ARGE Partizipation: Formen und Methoden der Jugendpartizipation: <https://jugendbeteiligung.at/formen-und-methoden>

> RECHERCHE-IMPULS (ab der 4. Schulstufe)

Die SchülerInnen recherchieren gemeinsam mit den Eltern und/oder Lehrkräften:

- Welche speziellen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gibt es in meiner Gemeinde?
- Wer ist dort die Ansprechperson für kinder- und jugendspezifische Anliegen?
- Gibt es Jugendbeauftragte oder Sprechstunden des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin für Kinder und Jugendliche?

WHO IS WHO? POLITISCHE INSTITUTIONEN UND MODELLE FÜR KINDER- UND JUGENDPARTIZIPATION

BUND

Bundesjugendvertretung (BJV)

Gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich

www.bjv.at

LÄNDER

Jugendlandtag

Jugendliche Abgeordnete aus verschiedenen Regionen eines Bundeslands nehmen selbst Platz im Landesparlament und übermitteln in Form von Anträgen ihre Wünsche und Forderungen an die zuständigen Mitglieder der Landesregierung. Die Zahl der Abgeordnetenplätze ist klar geregelt.

- Burgenland: www.bgld-landtag.at/veranstaltungen/jugendlandtag
- Salzburg: www.salzburg.gv.at/pol/landtag/jugendlandtag
- Steiermark: <https://mitmischen.steiermark.at>

GEMEINDEN

Kinder- und Jugendbeauftragte sind Sprachrohre der Kinder und Jugendlichen in einer Gemeinde. Sie beraten die Gemeinde in Jugendfragen und kümmern sich darum, dass diese Zielgruppen bei jugendrelevanten Projekten eingebunden werden (z.B. durch Abhaltung von Jugendgemeinderäten, Jugendsprechtagen).

Kinder- und Jugendgemeinderäte beraten EntscheidungsträgerInnen in Kinder- und Jugendfragen. Die Kinder/Jugendlichen können entweder gewählt und von den anderen Jugendlichen entsandt werden oder der Zugang zum Kinder- und Jugendgemeinderat ist generell offen für alle Interessierten.

Jugendforen als niederschwellige partizipatorische Form können auf verschiedene Arten gebildet werden – als lose Zusammenkunft von Jugendlichen und Erwachsenen, über eine Wahl von VertreterInnen des Jugendforums oder nach dem Delegationsprinzip (Jugendorganisationen, -vereine und freie Jugendinitiativen entsenden VertreterInnen zu regelmäßigen Treffen). Einem Jugendforum kann die Aufgabe übertragen werden, Mitgestaltungsmodelle und -projekte zu initiieren und zu betreiben.

Jugendrat

Ein einfaches Modell der Jugendbeteiligung für Gemeinden, um junge Menschen dafür zu gewinnen, sich mit lokalen Themen intensiv auseinanderzusetzen. 10 bis 18 Jugendliche werden per Zufall ausgewählt. Sie entwickeln Lösungs- und Verbesserungsvorschläge zu Themen, die sie interessieren, und fassen die Ergebnisse in einem gemeinsamen Statement zusammen.

<http://jugend-rat.at>

Jugendparlament

Unter dem Begriff Jugendparlament werden sehr unterschiedliche Strukturen verstanden – von außerschulischen Beteiligungsinitiativen (z.B. im Jugendzentrum) bis zu Interessenvertretungen für Kinder und Jugendliche in Gemeinden, wo Jugendparlamente Anträge ausarbeiten, die den PolitikerInnen vorgelegt werden. Im österreichischen Parlament findet halbjährlich ein Jugendparlament mit Jugendlichen der 9. Schulstufe statt (aus dem Bundesland, das gerade dem Bundesrat vorsitzt). Einen Tag lang übernehmen die SchülerInnen die Aufgaben von PolitikerInnen. Zusätzlich gibt es für Lehrlinge das Lehrlingsparlament.

www.reininsparlament.at

ARBEITSBEREICH

Jugendvertrauensräte/-rätinnen

Ab fünf Arbeitskräften unter 18 Jahren in einem Betrieb kann einE Jugendvertrauensrat/-rätin als Anlaufstelle für Lehrlinge und jugendliche ArbeitnehmerInnen und als VermittlerIn zwischen den Anliegen der jungen Belegschaft und der Betriebsleitung gewählt werden (für zwei Jahre).

www.gpa.at/die-gpa/jugend/jugendvertrauensraetinnen

EUROPA

European Youth Parliament (EYP)

Das Europäische Jugendparlament bietet dreimal jährlich 250 SchülerInnen zwischen 16 und 19 Jahren aus ganz Europa die Möglichkeit, die Arbeit des Europäischen Parlaments kennenzulernen. Jeweils zehn TeilnehmerInnen aus Österreich können dabei in der Diskussion mit Gleichaltrigen aus verschiedenen Staaten ihre eigene Meinung zu aktuellen europäischen Themen vertreten. Sie erstellen eine Resolution, die dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat übergeben wird.

<https://eyp.at>

3 QUERFELDEIN: PARTIZIPATION IN VERSCHIEDENEN BEREICHEN

3.1. SCHÜLERINNENBETEILIGUNG UND DEMOKRATISCHE SCHULE

Auf der Schulebene bedeutet das Kinderrecht auf Partizipation, dass Kinder und Jugendliche sich aktiv in schulische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse einbringen können – in den sie betreffenden Angelegenheiten. Die Modelle konventioneller SchülerInnenbeteiligung und gewählter VertreterInnen sind im österreichischen Schulunterrichtsgesetz (Wahl der Klassen- und SchulsprecherInnen, der Landes- und BundesschülerInnenvertretung) sowie im Schülervertretungsgesetz verankert. Sie betreffen individuelle (Recht auf Beteiligung an der Gestaltung des Unterrichts bzw. der Wahl der Unterrichtsmittel, Anhörung, Abgabe von Vorschlägen usw.) sowie kollektive Rechte (Mitverwaltung und Interessenvertretung) der SchülerInnen. Das Klassen- und Schulforum ist für die erste bis vierte Schulstufe vorgesehen, Beratungs- und Entscheidungsgremien in den mittleren und höheren Schulen, den Berufsschulen und den Polytechnischen Schulen sind die Schulgemeinschaftsausschüsse. Darüber hinaus gibt es an zahlreichen Schulen Österreichs Schulparlamente. Auf Bundesebene hat die BundesschülerInnenvertretung ein SchülerInnenparlament eingerichtet, landesweit beruft die jeweilige LandesschülerInnenvertretung SchülerInnenparlamente ein.

> WEITERLESEN

- BundesschülerInnenvertretung: Gesetzlich gewählte Interessenvertretung der 1,1 Millionen SchülerInnen in Österreich.
www.bsv.at
- Der Klassenrat: Demokratie lernen. Kompetenzen bilden. Gemeinschaft fördern.
www.derklassenrat.de
- Demokratie in der Schule (*polis* aktuell 5/2013; aktual. 2019): Modelle demokratischer Schulen, Initiativen zu Schulparlamenten, gesetzliche Regelungen zur schulischen Mitbestimmung.
www.politik-lernen.at/pa_demokratieinderschule

Beteiligung kann über formale Gremien hinaus theoretisch und praktisch an vielen alltäglichen Dingen des Schulalltags anknüpfen:

- **Schulalltag** (Regeln, Schulkultur, Zusammenleben in der Klasse, Zeitgestaltung usw.)

- **Schulgestaltung** (Schulräume, Freizeitbereich, Schulbuffet usw.)
- **Netzwerkarbeit** in und außerhalb der Schule (Schulsozialarbeit, Jugendorganisationen, Sportvereine usw.)
- **Unterricht und Lernen** (partizipative Lehr- und Lernkonzepte)

Ein wesentliches Element für Beteiligung im Schulalltag ist partizipatives Lernen. Ein Modell des österreichischen ENSI-Teams, ein internationales Netzwerk zur Unterstützung aktiver Formen des Lernens und der Förderung des Umweltbewusstseins, unterscheidet drei Varianten der Beteiligung von SchülerInnen (www.oekolog.at/internationales/ensi-internationale-schulinitiativen):

1. SchülerInnen äußern sich und werden gehört (*listening*): schriftliche oder mündliche Befragungen, Interviews, Sitzkreise. Die Lehrkräfte lernen die Sichtweisen der SchülerInnen kennen und ziehen Schlussfolgerungen daraus.
2. Schülerinnen definieren in Zusammenarbeit mit Lehrkräften Ziele und realisieren sie (*cooperation*). Sie übernehmen gemeinsam mit Lehrkräften selbst Verantwortung (für Schwerpunktsetzung des Unterrichts, Recherchen, Interpretation von Daten). Formen der Freiarbeit, Einfluss auf Auswahl von Inhalten, Arbeitsmethoden, offene Arbeitsaufträge.
3. SchülerInnen übernehmen primäre Verantwortung für Planung, Durchführung, Initiativen zur Gestaltung des Lernens und Lehrens. SchülerInnen definieren in Eigenverantwortung Ziele und realisieren sie (*leadership*).

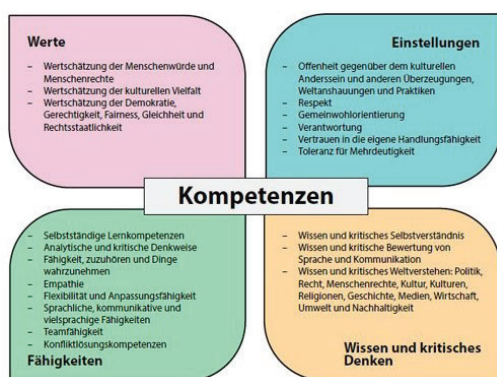
Demokratie lernen und Partizipation werden im Schulkontext oft synonym verwendet, wenn es um demokratiepolitische Handlungskompetenzen geht – mit leicht unterschiedlichen Blickrichtungen. Bleibt Demokratiebildung nicht nur eine abstrakte Größe, sondern ist Teil einer demokratisch-partizipativen Schulkultur, dann verlangt sie allen Beteiligten viel an Durchhaltevermögen ab beim Aushandeln und Kompromisse finden. Letztlich ist aber jede Schule so demokratisch, wie sie Mitsprache und Mitentscheidung in einem hierarchischen System ernst nimmt. In den (internationalen, europaweiten und nationalen) Zielvorstellungen der Bildungspolitik haben Partizipation, demokratische Schulentwicklung und selbstständiges Lernen einen hohen Stellenwert. In der schulischen Praxis ist gelebte Demokratie meistens nicht Alltag, sondern weiterhin ein „Zukunftsprojekt“.

Das deutsche **Schulentwicklungsprogramm Demokratie lernen & leben** beeinflusste die Debatten rund um eine demokratisch-partizipative Schule maßgeblich. Ziele des Programms waren die Förderung von demokratischer Handlungskompetenz, die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur sowie die Stärkung der Bereitschaft junger Menschen, aktiv an der Zivilgesellschaft mitzuwirken. Die Ergebnisse, Materialien und Grundlagen des Programms, das 2007 endete, sind noch online: <http://blk-demokratie.de>

Ähnliche Zielsetzungen verfolgt der Europarat mit dem **Referenzrahmen für Demokratiekompetenzen** (Reference Framework of Competences for Democratic Culture, 2018) und dem **Netzwerk demokratischer Schulen**, das demokratischer Schulkultur besondere Bedeutung zumisst.

www.coe.int/rfcdc

www.politik-lernen.at/demokratiekompetenzen



„Die Schule hat als einzige Institution die Chance, alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen und für die Demokratie zu gewinnen.“ (blk-demokratie.de)

ÖSTERREICHISCHES SCHÜLERINNENPARLAMENT

Im März 2019 tagte das erste gesetzlich verankerte Österreichische SchülerInnenparlament. Die umfangreiche Antragsmappe, die von 170 SchülerInnen ausgearbeitet wurde, eignet sich als Anregung für den Unterricht (Sek II). Danach kann erörtert werden, welche Themen den SchülerInnen wichtig sind und wie sie ein SchülerInnenparlament an ihrer Schule einschätzen würden.

<http://bit.ly/2tZIZF4>



SchülerInnenparlament 03/2019 (ÖSIP)
© Parlamentsdirektion / Thomas Topf

> METHODENTIPPS

Schulgemeinschaft: Gelebte Demokratie?

(9. bis 12. Schulstufe)

Die Klasse macht eine ExpertInnenbefragung zur SchülerInnenvertretung und bereitet die Ergebnisse für eine Ausstellung auf. Darauf folgt eine eingehende Beschäftigung mit der SchulsprecherIn- bzw. KlassensprecherInnen-Wahl. Abschließend analysieren die SchülerInnen den Stand der Demokratie an der eigenen Schule und diskutieren zum Thema Mitbestimmung: Lebt unsere Schule Demokratie? Was wäre, wenn es die Mitbestimmung nicht gäbe? Details in der Praxisbörse von Zentrum *polis* (Übung als Download): www.politik-lernen.at/schulgemeinschaft

Lernmodule zur Demokratie in der Schule

(ab der 8. Schulstufe)

Vier Lernmodule geben den SchülerInnen anhand von zwei Beispielen Anregungen, wie sie eine erweiterte Mitsprache inner- und außerhalb der Schule realisieren können. Anleitungen, Filme und Arbeitsblatt als Download unter: www.demokratiezentrum.org/bildung/lernmodule/schuldemokratie

Perspektivenwechsel zur Beteiligung in der Schule

(ab der 6. Schulstufe, Schritt 2 ab der 8. Schulstufe)

Schritt 1: Bildung von vier bis fünf Kleingruppen zu folgenden Fragen:

- Stellt euch vor, ihr seid LehrerInnen – was würdet ihr für mehr Beteiligung an der Schule tun?
- Stellt euch vor, ihr seid Direktor/Direktorin – was würdet ihr für mehr Beteiligung an der Schule tun?
- Stellt euch vor, ihr seid PolitikerInnen – was würdet ihr für mehr Beteiligung an der Schule tun?
- Und als SchülerInnen?

Gestaltung von Plakaten und Präsentation. Die Ergebnisse können anschließend der Direktion, dem Klassenvorstand oder anderen Klassen vorgestellt werden.

Schritt 2 (ab der 8. Schulstufe): Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule: Demokratie heißt mitbestimmen – was könnt ihr/würdet ihr gerne in der Schule mitbestimmen?

Arbeitsblatt/Kopiervorlage unter:

www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/ab_schule_mitbestimmungsmoeglichkeiten.pdf

3.2. PARTIZIPATION IN GEMEINDEN UND SCHULE-GEMEINDE-KOOPERATIONEN

Aus der Partizipationsspirale, aber auch aus anderen Studien, lässt sich ableiten, was die Mitwirkung und Beteiligung junger Menschen besonders fördert oder fördern würde:

- positive Erfahrungen im unmittelbaren Lebensraum (d.h. in Schule, Vereinen und in der Kommune) mit entsprechenden Informationen über lokale Beteiligungsangebote, Entscheidungsstrukturen und Vorhaben,
- die Stärkung des Vertrauens in die eigenen Kompetenzen,
- dass die Konsequenzen des eigenen Verhaltens an konkreten Vorhaben und Projekten erfahrbar werden,
- andocken an Themen, die Jugendliche interessieren (z.B. Lifestyle, Veranstaltungen, Umwelt), und diese als Anknüpfungspunkte für gesellschaftspolitische Themen, wie etwa Jugendpolitik, Europa/Globalisierung, nutzen.

Entsprechende Angebote der Gemeinden, ihre politische Unterstützung und eine zielgruppengerechte Kommunikation sind daher ausschlaggebende Größen, wenn sich etwas verändern soll in Richtung Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde. Für die Kommunikation braucht es dafür meistens PartnerInnen, etwa Initiativen der außerschulischen Jugendarbeit oder Schulen.

Mittlerweile sind Jugendforen, Jugendbeauftragte, Bezirksjugendgespräche oder Jugendlandtage keine Seltenheit mehr. Einige Bundesländer haben sogar Bestimmungen zur verpflichtenden Einbeziehung Jugendlicher (Jugendgesetze, Jugendförderungsgesetze, Volksrechtsgesetze, Gemeindeordnungen), die von verbandlicher und offener Jugendarbeit, Landesjugendreferaten und Gemeinden umgesetzt werden.

Schulen und Gemeinden sind in vielfacher Hinsicht miteinander verbunden und aufeinander angewiesen – etwa durch die Gemeinde als Schulerhalter im Pflichtschulbereich oder die Verkehrsplanung und auf der anderen Seite durch die Impulse, die Schulen für das Sport- und Freizeitleben in der Gemeinde geben.

Die Initialzündung für Schule-Gemeinde-Kooperationen geht oft von Einzelpersonen im Rahmen von zeitlich begrenzten Projekten aus – in Einzelfällen entwickelt sich daraus eine dauerhafte, institutionalisierte Zusammenarbeit, die sich allmählich auch auf soziale Netzwerke und außerschulische Jugendarbeit ausdehnt.

Eine Exploration von Schule-Gemeinde-Kooperationen in Österreich (2007 im Rahmen der Demokratie-Initiative „Entscheidend bist DU!“, mittels Online-Erhebungen und ExpertInneninterviews) ergab folgendes Bild:

- Pflichtschulen kooperieren am häufigsten mit Gemeinden, an zweiter Stelle kommen die berufsbildenden höheren Schulen. Die geringste Zahl der Kooperationen gibt es im AHS-Bereich.
- Insgesamt konnten 19 Schule-Gemeinde-Kooperationen aus allen Bundesländern erhoben werden.
- Die Aktivitäten waren/sind vielfältig und reichten von SchülerInnenparlamenten bis zum Angebot von public services (Arbeit im Gemeinwesen in enger Kooperation mit sozialen Einrichtungen, Vereinen, Kommunen usw.), Dauerausstellungen und Flurreinigungsaktionen.
- Der thematische Fokus liegt auf umweltbezogenen Aktivitäten (Energie und Wassermanagement, Solarnergie), aber auch die lokale Wirtschaft ist Bezugspunkt.
- Die Zusammenarbeit wird oft durch „neutrale“ Initiativen vermittelt (Klimabündnis, Agenda 21, außerschulische Jugendarbeit usw.).

Eine systematische Analyse von Schule-Gemeinde-Kooperationen ist noch ausständig.

> WEITERLESEN

■ Leitfäden der ARGE Partizipation

- Beteiligung junger Menschen in Gemeinden:
<https://jugendbeteiligung.at/portfolio-items/leitfaden-gemeinden/?portfolioCats=29>
- Beteiligung junger Menschen in Städten:
<https://jugendbeteiligung.at/portfolio-items/leitfaden-stadt/?portfolioCats=29>

■ Die Gemeinde als politische Akteurin

polis aktuell 1/2021



Das Heft informiert über die Aufgaben, Organe und die Finanzierung von Gemeinden. Ein zweiter Teil widmet sich den partizipativen Ansätzen einer lebensweltlich orientierten politischen Bildung am Beispiel kommunaler Beteiligungsmöglichkeiten. Ein Praxisleit-

faden zur Einbettung von Service-Learning in den Unterricht mit einer Einführung in das Thema Partizipation, methodischen Hinweisen sowie Unterrichts- und Projektideen soll Lust darauf machen, die Gemeinde als Lernort zu entdecken.

www.politik-lernen.at/pa_gemeinde

3.2.1. JUGENDLICHE GESTALTEN SEIT ZWEIEINHALB JAHRZEHTEN DIE DEMOKRATIE- UND STADTENTWICKLUNG VON DORNBIRN MIT⁴

Der Startschuss fiel am 6. März 1996. Damals wollten die Verantwortlichen der Stadt Dornbirn junge Leute mehr in Entscheidungen und Projekte einbinden. „Seither geht es darum, nicht nur mehr FÜR, sondern vor allem MIT Jugendlichen etwas zu tun. Wir holen die Betroffenen bewusst ins Boot, um zahlreiche innovative, mutige und beispielhafte Projekte auf- und umzusetzen. Dadurch wird ein jugendfreundliches Dornbirn sukzessive möglich gemacht“, sagt Elmar Luger, Jugendkoordinator der Stadt Dornbirn.

Eines der Erfolgsrezepte: Schule, Jugendarbeit und Stadt ziehen beim Thema „Jugendbeteiligung“ kooperativ an einem Strang. Der stadtnahe Verein „jugendornbirn“ agiert dabei als Ideenlieferant und als Schnittstelle zwischen den relevanten Partnern. Geführt wird der Verein von Christian Weiskopf, der im Brotberuf Lehrer an der Polytechnischen Schule ist. Ihm sind demokratische Strukturen im Klassenzimmer seit jeher wichtig. Deshalb hat er das Thema „Demokratie lernen – Jugendmitbestimmung in Dornbirn“ gemeinsam mit Elmar Luger in einer Masterthesis untersucht.

„Die Ergebnisse dieser und anderer Jugendstudien bilden neben zusätzlichen Umfragen und ergänzender wissenschaftlicher Begleitforschung wichtige Grundlagen für unsere Arbeit. Wir können die gewonnenen Erkenntnisse nun bestens auf allen Ebenen vertiefen und zusammen mit vielen Partnern innerhalb und außerhalb unseres Vereins nicht nur andeuten, sondern raschestmöglich auch in die Tat umsetzen“, ist Christian Weiskopf von der Herangehensweise an Jugendbeteiligung auf fundierter Datenbasis überzeugt. „So wissen wir, was die Jugendlichen wirklich wollen, was vor allem der politischen Entscheidungsebene hilft.“



SchülerInnen-Fachtagung 2020 © jugendornbirn

„Ich finde, dass vor allem der Jugend bewusst gemacht werden sollte, wie wichtig es ist, sich zu beteiligen, mitzureden und sich vor allem eine eigene Meinung zu bilden: Eine Meinung fernab von Beeinflussungen wie ‚Hasspostings‘ in sozialen Medien, eine eigene Meinung fernab von Gruppenzwang oder Gleichgültigkeit.“

Einige der in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten erdachten und umgesetzten Projekte und Zugänge:

- **KlassensprecherInnen-Treffen – „Demokratie lernen“:** Die SchülerInnen setzen sich mit ihrer Rolle auseinander und lernen die Grenzen und Möglichkeiten der Stadtpolitik kennen.
- **SchülerInnen-Fachtagung – informiert und vernetzt:** Mehr als 130 Jugendliche zwischen 12 und 15 Jahren nehmen an Workshops zu Mobbing, Safer Internet und Anti-Rassismus teil.
- **Junge Halle auf der Messe SCHAU – größter Jugendtreff:** Informiert wird über besondere Themen und hunderte Jugendliche bringen sich mit Ideen und Anregungen ein.
- **Kompetenzfrühstück für Aufgeweckte:** 60 Jugendliche diskutieren mit ExpertInnen aktuelle Fragen rund um Demokratie, Medien und Wahlen im Vorarlberger Medienhaus.
- **Lange Nacht der Partizipation:** Alle zwei Jahre werden 27 regionale bis internationale Beteiligungsprojekte vor hunderten Interessierten präsentiert und diskutiert.
- **Mitbestimmung bei Stadt- und Projektentwicklung:** Jugendliche reden bei Projekten – wie beim Skaterplatz oder Mädchentreff – oder bei Konzepten – wie zur Mobilität – mit.

Ebenso gehören inzwischen zum Standard des Vereins dessen Aktivitäten, junge Menschen „zum Wählen gehen“ zu motivieren. Das Motto lautet: „Wa(h)len sind keine Tiere!“ Zuletzt wurden damit Jugendliche auf die Wahlen zum Europaparlament, zum Nationalrat, zum Vorarlberger Landtag sowie auf kommunaler Ebene vorbereitet und sensibilisiert. Bei den BürgermeisterInnen- und Gemeinderats-Wahlen 2020 kamen dabei auch digitale Medien zum Einsatz. Ein Video in Kooperation mit dem „Team Alive“ unter der Leitung von Lukas Wagner und unter Einbindung des bekannten Vorarlberger Influencers Andre Burtscher zum Thema „Wahlkarte holen – tu’s einfach!“ wurde mit rund 60.000 Aufrufen auf TikTok, YouTube und Instagram zum viralen Hit.

⁴ Text zur Verfügung gestellt von jugendornbirn: www.jugendornbirn.at

3.3. E-PARTIZIPATION

E-Partizipation ist die Einbindung in Diskussions-, Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse mittels IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien) wie Internet oder elektronische Medien. Die elektronischen Beteiligungsformen und -verfahren umfassen Informationen, Konsultationen, Eingaben, Debatten und Abstimmungen. Ein Beispiel wäre eine Online-Petition von BürgerInnen, in einem anderen Fall könnte eine Regierung zu einer Stellungnahme über einen Gesetzesvorschlag im Web einladen. Der Begriff der elektronischen Partizipation fällt oft in Zusammenhang mit E-Government, E-Administration und E-Demokratie. Die Chance von E-Partizipation liegt vor allem in größerer Transparenz und in neuen Zugängen für Beteiligungsprozesse.

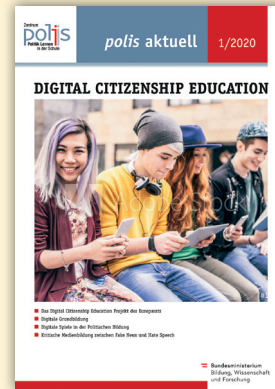
Wird E-Partizipation breiter gedacht, fallen darunter auch politische Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse im Netz. „Mit ein paar Klicks bist du dabei, das gibt vielen ein gutes Gefühl“, meinte eine 17-Jährige zur Möglichkeit, sich per Internet an Protestaktionen oder Kampagnen beteiligen zu können. Dass man dabei schnell auch in den bildlichen „Fettnapf“ steigen kann, passiert das eine oder andere Mal, wenn Dinge aufgebauscht bzw. verkürzt im Web dargestellt werden und einen Hype auslösen. Davon abgesehen: Wenn sich Engagement vom virtuellen in den realen Raum bewegt, kann es schon einmal gelingen, spontan über einen Blog eine Lichterkette für Menschenrechte im öffentlichen Raum zu organisieren und dafür eine Community von mehreren hundert Menschen zu gewinnen. Dass Jüngere das Web 2.0 oft effizienter als die älteren *digital immigrants* oder auch als Bildungseinrichtungen nützen, ist kein Geheimnis.

Mit diesem Ausblick ergeben sich neue Dimensionen für die Politische Bildung. Im Idealfall trägt diese dazu bei, Chancen für gesellschaftliche und politische Beteiligung im Web wahrzunehmen, Handlungskompetenzen zu stärken und die kritische Urteilskraft zu fördern.

> WEITERLESEN

- ARGE Partizipation: Informationen zu digitaler Jugendbeteiligung: <https://jugendbeteiligung.at/formen-und-methoden/digitale-beteiligung>
- **Meine Abgeordneten** – die Transparenzplattform, die öffentliche Daten zu allen österreichischen Nationalratsabgeordneten, Mitgliedern des Bundesrates, EU-Abgeordneten und Regierungsmitgliedern beinhaltet. www.meineabgeordneten.at

■ Digital Citizenship Education



www.politik-lernen.at/pa_digitalcitizenship-education

polis aktuell 1/2020

- Das Digital Citizenship Education Projekt des Europarats
- Digitale Grundbildung
- Digitale Spiele in der Politischen Bildung
- Kritische Medienbildung und digitale Selbstverteidigung

3.4. BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN IN NGOS (Nicht-Regierungsorganisationen)

Europaweit ist die Teilnahme an Wahlen bei Menschen zwischen 15 und 25 Jahren in Deutschland, Italien und Österreich am stärksten ausgeprägt. Eine Studie von SORA (Institute for Social Research and Consulting, Wien) wirft Licht auf einen weiteren Aspekt. Ein Trend lässt sich in ganz Europa beobachten: Fast zwei Drittel aller Jugendlichen sehen Wählen als die effektivste Form der politischen Beteiligung an. Sie erachten aber die Mitarbeit in NGOs als wirkungsvoller als die Mitarbeit in politischen Parteien. (Aus: Westphal, Sabine: Der Blick über den Tellerrand. Jugend und Politik im europäischen Vergleich. Projekt EUYOUNGPART, 2003-2005, www.sora.at) Vor diesem Hintergrund bietet es sich an, das Thema der Freiwilligenarbeit und der Arbeit gemeinnütziger Organisationen gemeinsam mit den SchülerInnen unter die Lupe zu nehmen.



polis aktuell 2/2020:

Freiwilligeneinsätze im Ausland. Kulturelle Einbahnstraße oder Lernen auf Augenhöhe?
www.politik-lernen.at/pa_freiwilligeneinsaetze

3.5. BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN IN DER EU

Ob Alt oder Jung – nur wenige wissen genau, welche Optionen junge Menschen konkret für eine Beteiligung im Rahmen der EU nutzen können. Im Folgenden eine Zusammenstellung.

Europäisches Jugendparlament (EYP): Informationen siehe Seite 15 dieses Hefts. <https://eypp.at>

Ab 16 Jahren können Österreichs Jugendliche:

- Mitglieder des EU-Parlaments wählen,
- an einer grenzüberschreitenden Europäischen BürgerInneninitiative teilnehmen oder diese starten (zur Anregung neuer Rechtsvorschriften im Verantwortungsbereich der EU):
https://europa.eu/citizens-initiative/home_de,
- an einer öffentlichen Konsultation der Europäischen BürgerInnen teilnehmen („Deine Stimme in Europa“):
https://ec.europa.eu/info/law/contribute-law-making_de,
- Beschwerden einreichen bei der Europäischen Ombudsperson:
www.ombudsman.europa.eu/de,
- sich am EU-Jugenddialog beteiligen:
<http://jugenddialog.at>.

EU-JUGENDSTRATEGIE 2019-2027: BETEILIGUNG, BEGEGNUNG UND BEFÄHIGUNG

Diese Strategie gilt als Grundlage für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU und wurde vom Rat der Europäischen Union am 26. November 2018 beschlossen. Darin wird vorgeschlagen, folgenden Tätigkeitsbereichen besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um junge Menschen besser in demokratische Prozesse einzubinden:

- Förderung der Beteiligung junger Menschen am staatsbürgerlichen und demokratischen Leben,
- Ermöglichung von Jugendbegegnungen in der gesamten EU zur Förderung von freiwilligem Engagement, Lernmobilität, Solidarität und interkulturellem Verständnis,
- Förderung der Befähigung junger Menschen durch Qualität und Innovation in der Jugendarbeit und die Anerkennung von Jugendarbeit.
https://europa.eu/youth/strategy_de



> WEITERLESEN

■ Euroscola

Das Programm des Europäischen Parlaments ermöglicht SchülerInnen aus allen Mitgliedstaaten den Besuch des Europäischen Parlaments in Straßburg. www.europarl.europa.eu/austria/de/jugend/school/euroscola

■ Pulse of Europe

Die europäische Bewegung setzt sich für ein demokratisches, starkes Europa ein und ist in zahlreichen Städten Europas aktiv.
<https://pulseofeurope.eu>

■ Gemeinsam für Europa – Gestalten wir Europa

Eine Plattform für junge Menschen – eingerichtet vom Europäischen Parlament – um Europa zum Thema zu machen und selbst aktiv zu werden.
<https://europarl.europa.eu/together/de>

■ TV-Talk #Europa4me

In dieser Gesprächsreihe kommen junge EuropäerInnen zu aktuellen gesellschafts- und sozialpolitischen Themen zu Wort. Die Sendungen können auf OKTO-TV nachgehört werden.
www.okto.tv/europa4me

NETZWERK EUROPA IN DER SCHULE



- Welche Beteiligungsmöglichkeiten gibt es für junge Menschen in Europa?
- Wie kann ich meine SchülerInnen motivieren, sich aktiv in politische Prozesse einzumischen?

Das Netzwerk EUropa in der Schule unterstützt Sie gerne bei diesen und anderen Fragestellungen in der europapolitischen Bildungsarbeit.

Konkret bieten wir:

- Newsletter
- Fortbildungsveranstaltungen
- Brüsselreisen
- Beratung und Information

Werden Sie Mitglied!

www.politik-lernen.at/europainderschule

(JUGEND)PARTIZIPATION IN CORONA- UND POST-CORONA-ZEITEN

Auch wenn aller Voraussicht nach die Corona-Pandemie im Lauf des Jahres 2021 unseren Alltag nach und nach weniger intensiv einschränken wird, als das derzeit der Fall ist, werden wir als Gesellschaft noch viele Jahre mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen beschäftigt sein. Bereits jetzt ist klar, dass die Pandemie auch im Bereich Partizipation ihre Spuren hinterlassen wird. Eine kleine Auswahl erster Befunde:

Participedia.net

Die wichtigste internationale Website über deliberative Demokratie sammelt in einem **COVID-19-Dossier** abgeschlossene, laufende und geplante Projekte, die sich mit Corona und Partizipation befassen:

<https://participedia.net/collection/6501>

Die Seite enthält – abseits des COVID-19-Dossiers – auch österreichische Praxisbeispiele, z.B.

<https://participedia.net/case/5383> (Vorarlberg),

<https://participedia.net/case/6851> (Altmünster).

Das verlorene Jahr? Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Bürgerbeteiligung in Deutschland

Berlin: Berlin Institut für Partizipation, 2020.

Eine erste Studie des Berlin Instituts für Partizipation, die im Frühling 2020 durchgeführt wurde, kommt zu dem Schluss, dass die Pandemie zu einem abrupten Stillstand von Beteiligungsverfahren geführt hat.

Die AutorInnen vertreten die These, dass langfristige negative Folgen zu erwarten sind, wenn nicht gegen-gesteuert wird. Jugendbeteiligung wird in dieser Studie nicht separat ausgewiesen, es deutet jedoch nichts darauf hin, dass dieser Bereich eine Ausnahme darstellt.

www.partizipation.at/covid19_bb.html

Politische Bildung unter Bedingungen sozialer Distanz in der Corona-Krise: Lerngelegenheit, Herausforderung und neue Formate

Alexander Wohnig, Matthias Heil. Medienimpulse. Bd. 58, Nr. 02 (Juni 2020).

Ein Unterkapitel des Beitrags widmet sich dem Thema „Politische Partizipation im digitalen Raum“ und skizziert die Chancen digitaler Begegnungs- und Lernorte. Bereits vor Corona waren die Möglichkeiten des politischen Handelns im digitalen Raum präsent. Politische Bildung kann also darauf aufbauen, dass Jugendliche bereits vor Corona im digitalen Raum aktiv waren und teilweise selbst Inhalte generieren können.

<https://doi.org/10.21243/mi-02-20-28>

bOJA – bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit

■ bOJA hat im Jänner 2021 eine Blitzumfrage an die Offene Jugendarbeit gerichtet, um sie bestmöglich vertreten zu können. Die Auswertung ist hier zu finden: www.boja.at/sites/default/files/downloads/2021-01/Auswertung%20Blitzumfrage_Web-site_250121.pdf

■ bOJA stellt unter dem Titel Coronabusters #zusammen-die-krise-überwinden auch kleine Projektförderungen für Jugendliche zur Verfügung, damit diese selbst aktiv werden können.

www.gesunde-jugendarbeit.at/coronabusters

„Corona hat mein Hirn gef***t“. Plädoyer für einen lebensweltorientierten Umgang mit Corona in der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Katharina Röggl. Soziale Arbeit. Zeitschrift für soziale und sozialverwandte Gebiete (12/2020).

Die Autorin vertritt die Auffassung, dass sich auch in Zeiten von Corona sozialpädagogisches Handeln nicht nur an medizinischer Expertise, sondern an seinen eigenen Grundsätzen orientieren muss. Der Beitrag plädiert für einen lebensweltorientierten Ansatz, der danach fragt, wie Kinder und Jugendliche das Risiko durch Corona einschätzen, und darauf abzielt, Risikokompetenzen zu stärken.

www.gesunde-jugendarbeit.at/sites/default/files/inline-files/Corona%20hat%20mein%20Hirn_PL%C3%A4doyer%20von%20Roeggla.pdf

Die Corona-Restriktionen führen dazu, dass wichtige Menschenrechte zeitweise eingeschränkt werden (Versammlungsfreiheit, Reisefreiheit) bzw. dass der Zugang zu bestimmten Rechten erschwert wird oder neu organisiert werden muss (Wahlrecht). Die Partizipations- und Freiheitsrechte werden also gerade neu verhandelt, ein wichtiges Thema für den Unterricht:

■ **einfach POLITIK: extra. Informationen zur Corona-Krise in einfacher Sprache**, u.a. zu „Das Coronavirus und die Grundrechte“ und „Das Coronavirus und unser Zusammenleben“. www.bpb.de/politik/grundfragen/politik-einfach-fuer-alle/309631/das-coronavirus-und-die-grundrechte

■ Abdelkarim hat in der **Videoreihe „Abdelkatie“** eine Folge dem Thema Wahlen und Parteien gewidmet und macht den Corona-Check. <https://m.bpb.de/mediathek/312290/wahlen-und-parteien-der-corona-check>

■ **Dossier Corona und Politische Bildung**

www.politik-lernen.at/covid19undpb

4 LINKS UND TIPPS

Arbeitsgemeinschaft Partizipation

Seit 1991 arbeitet die ARGE im Auftrag der LandesjugendreferentInnenkonferenz (alle österreichischen Landesjugendreferate und das Amt für Jugendarbeit der Autonomen Provinz Bozen/Südtirol sind als Mitglieder vertreten). Die Website bietet Praxisbeispiele, Methoden, Materialien u.v.m. zur Jugendbeteiligung.

www.jugendbeteiligung.at

Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa

Informationen rund um das Thema Partizipation.

- Beteiligungsformen, Methoden und Qualitätskriterien
www.partizipation.at/626.html
- Mitgestalten in der Schule
www.partizipation.at/627.html
- Mitgestalten in der Planung
www.partizipation.at/628.html

ÖKOLOG Schulprogramm

Basis-Programm des BMBWF zur Bildung für Nachhaltigkeit und Schulentwicklung an österreichischen Schulen. ÖKOLOG-Schulen verbinden Engagement für die Umwelt mit sozialen und ökonomischen Fragestellungen und versuchen das tägliche Leben in der Schule im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu gestalten. Partizipation ist für sie selbstverständlich – von der Planung bis zur Umsetzung arbeiten alle Gruppen der Schulgemeinschaft mit. Durch aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen lernen die SchülerInnen verantwortungsbewusstes Handeln und Eigeninitiative.

www.oekolog.at

akzente Salzburg

Servicestelle des Landes Salzburg für Jugendanliegen. Aufgaben: Bereitstellung von Infomaterialien, Gemeindearbeit in Form von Projekten und runden Tischen, Fortbildungen für PädagogInnen und JugendarbeiterInnen, geschlechtersensible Jugendarbeit, kreative Kulturarbeit sowie Suchtprävention und Beteiligung.

www.akzente.net

beteiligung.st

Fachstelle für Kinder-, Jugend- und BürgerInnenbeteiligung in der Steiermark. Das Angebot umfasst Beratung und Begleitung von Gemeinden, Workshops und Werkstätten für Kinder und Jugendliche, Politische Bildung, Kindergemeinderat und Jugendforum, Mitbestimmungsmodelle.

www.beteiligung.st

jugendornbirn

Die Jugendbeteiligung in Dornbirn ist als Verein institutionalisiert. Auf der Website finden sich neben Informationen zu den Angeboten auch Materialien, Beispielprojekte und Grundlegendes zu Partizipation und Jugendkultur.

www.jugendornbirn.at

Schulfreiraum

Österreichische Plattform rund um das Thema „Schulfreiräume“ (Schulhof, Schulgarten, Schulgelände, Schulsportanlagen etc.).

www.schulfreiraum.com

Partizipation von Jugendlichen einfach erklärt

Erklärvideo von explainity zur Partizipation von Jugendlichen.

<https://youtu.be/eJPNNPG1t3w>

VWA BHS-DIPLOMARBEIT.AT

Themenvorschläge für vorwissenschaftliche Arbeiten und Diplomarbeiten

- Jugendpartizipation in Österreich: gesetzliche Grundlagen, wichtige Player, Nutzen und Zielsetzungen, exemplarische Analysen
- Politische Partizipation von Jugendlichen: Welche Möglichkeiten gibt es? Wer beteiligt sich? Welche Barrieren gibt es?
- Freiwilligenarbeit: Warum braucht eine Gesellschaft freiwilliges Engagement? Welche Formen der Freiwilligentätigkeit gibt es? Wer engagiert sich wo? Was sind Barrieren für freiwilliges Engagement?
- Partizipation in meiner Gemeinde: Welche Möglichkeiten haben junge Menschen, sich zu beteiligen, in welcher Form nutzen sie diese? (Theorieteil und Umfrage)
- Partizipation in der Schule (Grundlagen und Fallanalysen)



Begriffsklärungen in leicht verständlicher Sprache finden sich im Politiklexikon für junge Leute, z.B. zu

BUNDESJUGENDVERTRETUNG

www.politik-lexikon.at/bundesjugendvertretung

BUNDESSCHÜLERINNENVERTRETUNG

www.politik-lexikon.at/interessenvertretung

JUGENDPOLITIK

www.politik-lexikon.at/jugendpolitik

PARTIZIPATION

www.politik-lexikon.at/partizipation

SCHULPARTNERSCHAFT

www.politik-lexikon.at/schulpartnerschaft



polis aktuell 4/2021:

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Autorinnen dieser Ausgabe: Elisabeth Turek, Patricia Hladschik; Recherche: Ingrid Ausserer, Jeanette Chalbi; Beiträge: Elmar Luger, Martina Zandonella

Titelbild: Fotolia.com

Grafische Elemente: freepik, Wikimedia.

commons, Wikipedia.org, pixabay.com

Grafik: Susanne Klocker

Herausgeber:

Zentrum *polis* –
Politik Lernen in der Schule
Helferstorferstraße 5, 1010 Wien
T 01/353 40 20

> service@politik-lernen.at

> www.politik-lernen.at

> twitter.com/Zentrum_polis

> www.facebook.com/zentrumpolis

Zentrum *polis* arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Abteilung I/1 [Politische Bildung]. Projektträger: Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte

Monatlicher Newsletter:

> www.politik-lernen.at/newsletter

Die letzten Ausgaben auf einen Blick:

